

HERDER-KORRESPONDENZ

Neuntes Heft - Mai 1947

Wir beten zu Gott in der Zeit und Gott erhört unser Gebet in der Ewigkeit. Wie nun sollen für unsere menschliche Kurzsicht Zeit und Ewigkeit zusammenstimmen, Gebet und Erhörung sich finden? Die Zeit muß sich klein machen, sie muß sich gleichsam so lange zusammenziehen, bis sie nichts mehr ist als Gegenwart, konkrete, lebenserfüllte Gegenwart. Eine solche Gegenwart – so paradox das klingt – hört auf, an die Vergangenheit und Zukunft zu grenzen. Sie füllt das Nichts ihres zeitlosen Raumes mit der Ewigkeit aus. Das Gebet, das der Mensch in diese Gegenwart betet, wird in ihr unmittelbar von Gott erhört. Das Gebet selbst ist auch Erhörung.

Aus den Tagebüchern von Ferdinand Ebner.

Deutsche Meldungen

Vom 22. bis 24. März dieses Jahres fand in Limburg an der Lahn der 3. *Katholische Deutsche Studententag* statt. Die ersten beiden Zusammenkünfte von Vertretern der katholischen deutschen Studentengruppen in Hardehausen/Westfalen im Frühjahr und im Herbst 1946 hatten die erste Begegnung der katholischen Studentengemeinden miteinander gebracht und die Grundlage zur Planung einer Zusammenfassung auf breiterer, deutscher Grundlage geschaffen. Allen war klar geworden, daß nicht nur eine persönliche innere Glaubenshaltung genügt, sondern daß die katholischen Studenten der Gegenwart sich in *neuen* Gemeinschaften finden müssen, die an Stelle der ehemaligen treten oder diese umbilden sollen, daß sie aber auch einen *allgemeinen Zusammenschluß* brauchten. Dieser sollte in der organisatorischen Spitze eines katholischen deutschen Studentensekretariats die offizielle Vertretung nach innen und außen finden.

In den Jahren des Dritten Reiches hatte sich das Gemeinschaftsleben der katholischen Studenten mehr und mehr in kleinen Kreisen konzentriert, für die ganz bewußt Opferfeier und Gebet, Vertiefung des Glaubenswissens und innere Gestaltung im Mittelpunkt standen. Die Generation der Kriegsteilnehmer und Gefangenen ist durch diese Gruppen gegangen und verdankt ihnen viel. Im Winter 1945/46 und im Laufe des Jahres 1946 haben sich in allen deutschen Universitätsstädten spontan starke Gruppen von Studierenden um die Studentenseelsorger gebildet; sie hatten noch vorwiegend den Charakter von geistigen Gemeinschaften. Die Form dieser Entwicklung war an den einzelnen Hochschulen verschieden, ihr Wesen jedoch überall das gleiche. Die Vertreter der deutschen katholischen Studentengemeinden auf den Hardehausener Tagungen hatten das starke Bedürfnis, sich nun zu einander zu finden und eine eigene Form

nach innen und nach außen, der Welt gegenüber, zu schaffen. Dieses Bedürfnis erwuchs vor allem auch aus der Auseinandersetzung mit den Altherren der ehemaligen katholischen Verbindungen, die ihre alten Verbindungen wieder aufleben lassen wollten; hier erschien eine allgemeine Tatsache in akuter Form: die völlig verschiedene Einstellung der Jungen und der Alten zur soziologischen Entwicklung unserer Zeit. Die lebendigen Kreise der heutigen katholischen Studentengemeinden standen den ehemaligen Formen aus diesem Grunde sehr skeptisch gegenüber. Es mußte also eine neue organisatorische Lösung gefunden werden. In die neue Organisation sollte auch die Akademische Bonifatius-Einigung (ABE) in Paderborn einbezogen werden, ein Plan, der heute unmittelbar vor der Verwirklichung steht.

Von der neuen Organisation der katholischen Studentenschaft war zu fordern, daß die einzelnen, ihr angehörenden Studentengemeinden in ihrem individuellen Charakter unangetastet bleiben müssen, dem sollte ein föderativer Aufbau gerecht werden. Ein weiteres Problem bildete die Stellung des Studentenpfarrers in der geplanten Einigung. Bei dieser Frage handelt es sich im Grunde um die Frage der Stellung des Priesters und des Laien in der Gemeinschaft. Und schließlich sollte die Organisation sich auf keinen Fall so auswirken, daß sich in ihren Anhängern ein falsches Elitebewußtsein herausbildete, zumal nicht bei den Menschen zwischen 18 und 22 Jahren, die demnächst wieder die führende Schicht in der Studentenschaft sein werden und die durch vorzeitige Beziehung fester geistiger Positionen leicht in ein solches falsches Überlegenheitsgefühl hineingeraten können.

Auf der Tagung in Hardehausen am 3. Oktober 1946 legten die Vertreter der katholischen Studentengruppen in einem „Grundgesetz“ ihre Entschlossenheit nieder, der Welt und den Brüdern in der Welt im Geiste des Glau-

bens und der Liebe gegenüberzutreten und entscheidend zur Verwirklichung des Reiches Gottes mit beizutragen. Im Laufe des Winters 1946/47 arbeitete dann ein Ausschuß einen konkreten Vorschlag zur Gründung einer föderativen Einigung der katholischen deutschen Studentengemeinden aus, der den Vertretern der Gemeinden auf dem 3. Allgemeinen Studententag in Limburg vorgelegt wurde. Am 24. März 1947 wurde in Limburg dieser Vorschlag nach lebhafter und fruchtbarer Debatte angenommen: alle katholischen deutschen Studentengemeinden schlossen sich freiwillig und einmütig zu dem föderativen Verband der *Katholischen Deutschen Studenten-Einigung* (KDSE) zusammen.

Der Verlauf der Tagung war bezeichnend für die Gesamtsituation der katholischen Studentenschaft. Die Tage begannen jeweils mit einer Gemeinschaftsmesse im Limburger Dom. Die Bedeutung dieser heute selbstverständlichen Tatsache wurde den Teilnehmern der Tagung durch den Vergleich bewußt, den ältere Teilnehmer mit den Zuständen ihrer Studienzeiten zogen, in denen es die liturgische Gemeinschaft dieser Art noch nicht gab. Den Vorsitz der Tagung hatte cand. phil. H. W. Müller, Bonn. Unter den Gästen befanden sich Kapitularvikar Dr. Rauch für das Bistum Limburg, Generalvikar Dr. Rintelen, Paderborn, als Vertreter der Akademischen Bonifatius-Einigung und des Erzbischofs von Paderborn, Pfarrer Chun, Limburg, für die Evangelische Kirche, Cpt. Chapin für die amerikanische Militärregierung u. a.

Ein einführender Vortrag Studentenfarrers Dr. Müller aus München zeichnete den vierfachen Raum der Not, in dem wir heute leben: das vitale, das geistige, das moralische und das religiöse Elend. Der junge Intellektuelle, der Student darf gegenüber dieser Not nicht der Versuchung zur Verzweiflung oder Resignation erliegen, sondern hat die Verpflichtung, sich mit Begeisterung der großen Aufgabe hinzugeben, die Not zu überwinden. Er muß sich aber hüten vor jeder falschen „Bildung“, er muß klar sehen und denken können. Dr. Müller erklärte dann die Geschichte als Entschleierung und Gericht. Er wies auf die große Problematik der religiösen Situation in dieser Umwelt hin: auf das unbefriedigende Verhältnis zwischen Priester und Laien, den Riß zwischen Religion und Leben, die Dürftigkeit der religiösen Lebendigkeit, die Unerfahrenheit im Glauben. In einem zweiten Vortrag sprach Dr. Müller von der wichtigen Aufgabe des Laien in der Welt, über die rechte Ordnung der Bereiche, über die Schwierigkeit, an den modernen Menschen heranzukommen. Für die Studentengemeinschaft forderte er, damit sie sich inmitten dieser Schwierigkeiten wirksam einsetzen könne, Geduld auf dem Weg, Raum für Starke und Schwache, starken Einfluß der Führenden und Reifen, geordnete föderative Verfassung und Organisation.

Die weiteren Sitzungen der Tagung dienten der Diskussion des Planes zum Zusammenschluß, die über heftige Spannungen schließlich zu einer allseitigen Einigung und zu voller Einstimmigkeit führte. Die neue Gemeinschaft wird der Weltarbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände „Pax Romana“ beitreten und hat bereits in der Karwoche dieses Jahres eine Delegation zur Tagung der „Pax Romana“ abgesandt.

Im Land *Nordrhein-Westfalen* ist die Ausbildung des Volksschullehrers nach dem Krieg wieder einer Anzahl

von *Pädagogischen Akademien* übertragen worden. Solche Akademien, mit ausgesprochen religiöser Haltung, haben von 1926—33 eine ganze Anzahl bestanden. An diese Tradition ist jetzt wieder angeknüpft worden. Da diese Ausbildung, im Unterschied von der der Universitäten, nicht nur der wissenschaftlichen Schulung dienen will, sondern auf die besondere Aufgabe der Menschenforschung vorbereitet, ist es notwendig, daß die Volksschullehrer ihren Schülern die Weltanschauung vermitteln können, die die Eltern ihren Kindern mitgegeben haben möchten. Daher erhält Nordrhein-Westfalen im genauen Verhältnis zu den Wünschen seiner Elternschaft zwölf Pädagogische Akademien (die meisten sind schon eröffnet), von denen 6 katholisch, 4 evangelisch und 2 simultan sein werden.

Pater Dr. Welty, OP. sprach in Essen vor der *Essener katholischen Arbeitsgemeinschaft* über die Frage „Christentum und Sozialismus“. Der Redner führte u. a. aus, daß die Gegenüberstellung „Christentum und Sozialismus“ verwirrend sei. Es gehe aber nicht um Worte, sondern um den Menschen. Er sei der Mittelpunkt der sozialen Erneuerung, und die Richtlinien des Sozialismus unterschieden sich in dem Maß, wie sie den Menschen betrachteten. Das Soziale unabhängig vom Menschen sehen, heiße die Persönlichkeit „überfahren“. Der Mensch sei weder ein Kollektivwesen noch ein Einzelgänger. Die christliche Auffassung kennzeichnet ihn als geistbegabtes Sinnenwesen, zur Unsterblichkeit berufen, befähigt, sein Geschick zu gestalten, von einem selbstentscheidenden Gewissen erfüllt. Die Würde des Menschen als Person beruft sich auf bestimmte Rechte, die er in sich selber mitbringt und die aller Gemeinschaftsordnung vorangehen (Naturrecht). Hier haben wir den Zugang zur rechten Betrachtung des Sozialen und zum Standort des Menschen in der Gemeinschaft.

Die christliche Ethik, so führte P. Welty aus, weist drei Kennzeichen ihrer sozialen Gebundenheit auf. Der selbstentscheidende Mensch lebt nicht allein, sondern unter Mitmenschen, in der sozialen Gebundenheit einer großen Familie, wo jeder nach seiner Verantwortung für das Ganze wirkt. Würde und Grundrechte des Menschen bestimmen die soziale Gebundenheit. Sehen wir so den Menschen, so erstrahlt in jedem Antlitz das Bild des Dreieinigen Gottes. Die Ebenbildlichkeit Gottes bindet uns.

Das zweite Kennzeichen ist die soziale Gebundenheit der Arbeit. Der Wert jeder Arbeit ist uns heute, besonders nach den Rundschreiben der Päpste Pius XI. und Pius XII. bewußt. Ihr Zweck für die Gemeinschaft wie den einzelnen heißt: Schaffung der menschenwürdigen Basis. Die Frucht der menschlichen Arbeit muß allen zugute kommen — dies hat zu gelten für jede Gemeinschaft, auch für die Gemeinschaft der Völker aller Erdteile.

Drittes Kennzeichen ist die soziale Gebundenheit des Eigentums, der schwierigste Punkt. Die christliche Ethik wird niemals den Grundsatz des Naturrechts des Menschen auf eine würdige Existenz und seinen gerechten Anteil an den Gütern aufgeben. Ist dies die Anerkennung seines Rechts auf Eigentum, so doch niemals, wie die Gegner sagen, eine Verbrüderung der Kirche mit dem Kapital. Rücksichtslose Vermehrung von Eigentum ist asozial; der alleinige Anspruch eines Kollektivs auf

Eigentum ist es nicht weniger, so sozial er scheinen mag. Das Eigentum im Ganzen ist sozial gebunden und kann nur in Rücksicht auf die Gemeinschaft vermehrt, bewahrt, genutzt werden. Die richtige Mitte liegt zwischen den Spannungspolen; hier der Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein — dort die Ertragfähigkeit zum Besten des Ganzen. Die Entscheidung zwischen beiden Polen übergibt die christliche Ethik dem Gewissen. Wir stehen vor zwei gewaltigen Eingriffen. Der eine: der Güterausgleich; der andere: Überführung in das Gemein- (nicht Staats-)Eigentum. Wo bisher eine Gemeinschaftsordnung die Rechte an den Gütern schützte, muß sie heute eine neue Ordnung schaffen. Ziel und Grenzen werden dabei immer von dem einen Recht bestimmt: dem Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Wo, fragte der Vortragende, liegt aber die Beziehung zum Christentum? Das Naturrecht baut die Dinge auf als ganz natürliche Angelegenheiten des Menschen: er hat das Recht auf Leben, Unversehrtheit, Freiheit, Eigentum! Doch in den natürlichen Gesetzen ist der Mensch nicht mehr ganz sicher. Die christliche Ethik ordnet die Dinge in die einzige faktische Existenz des Menschen, auf das Ewige. Nun sehen wir ihn auf einer unendlich höheren Ebene. Der christliche Mensch folgt zwei Antrieben: der sozialen Gerechtigkeit und der Menschen- und Nächstenliebe. Die soziale Gerechtigkeit im christlichen Sinn schafft Recht unter den Menschen einer Gemeinschaft nach der vollen Menschenwürde und nach der sozialen Gebundenheit der Menschen. Damit führt sie den Einklang zwischen der Persönlichkeit und der Gemeinschaft wieder herbei. Hierin beruht die christliche Auffassung vom Sozialen.

Die „Vereinigung Katholischer Akademiker“ im Rahmen der Katholischen Aktion in Hannover hat einen für die Gegenwart sehr bezeichnenden Arbeitsplan. Sie arbeitet in drei Arbeitskreisen: einem sozialen, einem liturgischen und einem Una-Sancta-Kreis, beschäftigt sich also mit den drei großen Grundproblemen des heutigen Christen in der gegenwärtigen Welt: dem Problem der sozialen Neuordnung, dem der religiösen Verwirklichung und dem der Wiedervereinigung der Kirchen. Die Arbeitsthemen der Kreise heißen: „Christentum und Sozialismus als Eckpfeiler bei der Neuordnung unseres öffentlichen Lebens“, „Schulung im Gregorianischen Choralgesang“ und „Das christliche Gewissen in evangelischer und katholischer Schau“.

Das „Religiöse Bildungswerk München“ veranstaltete eine Tagung in Fürstenried bei München, die dem Thema „Der Christ vor den Aufgaben der Gegenwart im staatlichen Leben“ galt. An der Tagung nahmen etwa 130 Teilnehmer aus den verschiedensten Altersstufen, Berufen und Landschaften Deutschlands teil. Der Begriff des „staatlichen Lebens“ war sehr weit gefaßt, er war durchaus nicht nur auf die „Politik“ beschränkt; zu den Problemen, die sich dem Einsatz des Christen im öffentlichen Leben stellen, waren ebenso die sozialen und die kulturellen gerechnet. Der Leiter des „Bildungswerkes“, Dr. Hermann Krings, betonte in einem einleitenden Vortrag vor allem die Notwendigkeit einer Besinnung auf unsere politische und geistige Lage, er forderte als Grundlage alles handelnden Einsatzes die Erarbeitung einer Konzeption des Verhältnisses des Christen zum Staate und

des Wesens menschlicher Gemeinschaft. Ein Vortrag von Dr. Gerhard Kroll über das Thema „Der Christ und die politischen Aufgaben der Gegenwart“ versuchte eine derartige geistige Durchdringung der Aufgaben der Zeit für den Christen, der Begriffe Christlicher Staat, Christlich-sozial, vom Glauben her; er forderte eine Auffassung von der Hoheit des Staates nur als Abbild der Hoheit Gottes, eine Anerkennung der Macht des Gebetes vor der Macht des Handelns usw. Neben diesem theoretischen Bemühen führte ein anderer Vortrag ins Bereich praktischer Bemühungen: Dr. Fedor Cicak, ein emigrierter Kroat und tatkräftiger Mitarbeiter der J.O.C. in Frankreich und Belgien, gab einen sehr anschaulichen Bericht über die Tätigkeit der katholischen Arbeiterjugendverbände in diesen Ländern und über die Ansätze derselben in Deutschland.

Eine Kontroverse ergab sich im Anschluß an einen Vortrag von Pfarrer Dr. Muhler über Eigentumsfragen in unserer Zeit. Besonders die auf der Tagesordnung anwesenden Osflüchtlinge, Priester und Theologen, vertraten den Standpunkt, daß Besitz heute nicht mehr wohl erworben, sondern eine Gnade sei und als solche eigentlich kein Eigentum; jedenfalls gelten für den Besitz jetzt ganz andere Regeln und Handhabungen — z. B. könne es nicht mehr als Recht gelten, Besitz frei zu verschenken nach privatem Gutdünken.

Zwei Vorträge befaßten sich mit der Frage der kulturellen Aufgabe des Christen in der Gegenwart, und zwar sprach Dr. F. J. Schöningh, der Herausgeber des „Hochland“, über „Kulturelle Aufgaben des Katholiken“ und Dr. Joh. Maassen über „Die Selbstverwirklichung der christlichen Person in den kulturellen Aufgaben“. Schöningh formulierte die gegenwärtige Lage so, daß wir uns in einer Situation des „Nicht-mehr“ befänden, die wir anerkennen müssen, aus der wir aber „das Kreuz und den Vergil“ retten müßten; der Christ habe die Aufgabe, zu unterscheiden zwischen bürgerlichem Konventionalismus und christlicher Beharrlichkeit, und er müsse auch für neue Formen offen sein. Dr. Maassen skizzierte in einem sehr ähnlichen Sinne die Entwicklung der geistigen Hintergründe der Kunst in den jüngsten Zeiten und forderte ebenfalls nach dem Chaos der Gegenwart eine Unterscheidung zwischen dem Vergänglichem der Vergangenheit und den zeitlosen Werten. Seine Aufforderung an die Jugend zum Schluß, sich offenzuhalten, galt nicht dem Neuen, sondern den gültigen Werken derer, die ebenfalls ausgefahren waren, das Gewisse zu finden.

Frauenarzt Dr. Fecht, der Leiter einer großen Frauenklinik in Karlsruhe, über dessen Vortrag in Karlsruhe wir bereits in Heft 6/7 der „Herder-Korrespondenz“, S. 242, berichtet haben, sprach nun auch in Fulda über das Recht des keimenden Lebens. Die Katholiken Fuldas haben, ebenso wie früher die Karlsruher Zuhörerschaft, nach diesem Vortrag ihrer Auffassung in folgender Entschließung Ausdruck gegeben:

1. Das christliche Sittengesetz und die Erfordernisse des Aufbaus demokratischer Lebensformen verlangen die Achtung vor dem menschlichen Leben in jeder Phase seiner Entwicklung. Die Verkennung dieser Forderung im letztvergangenen Abschnitt der deutschen Geschichte hat nach anfänglich scheinbar unbedeutenden Verstößen gegen diese Auffassung letzten Endes zur Mißachtung des menschlichen Lebens überhaupt und zum Massenmord in verschiedenen Formen geführt.

2. Die Wiederkehr solcher Erscheinungen muß für alle Zukunft verhindert werden. Das ist aber nur möglich, wenn die Erhaltung allen Lebens zum unabdingbaren Grundgesetz unseres künftigen Staatslebens gemacht wird. Hier darf keine Ausnahme geduldet, kein Zugeständnis an irgendwelche Zeitströmungen gemacht werden. Die vorbehaltlose Anerkennung dieses Grundsatzes verlangt aber auch, daß der Schutz des keimenden Lebens in vollem Umfang gewährleistet wird.

3. Gegen die Einschränkungen dieses Schutzes, die durch Verwaltungsbestimmungen zugelassen worden sind, legen wir feierlichen Protest ein.

a) Derartige Anordnungen halten wir nicht für rechtmäßig, weil sie nicht durch den Gesetzgeber erlassen sind.

b) Sie unterliegen außerdem schwersten grundsätzlichen Bedenken. Ein Staat, der die allgemein gültigen Gesetze auch nur in einem Punkt selbst nicht achtet, untergräbt seine Autorität und gefährdet seinen Anspruch an die Staatsbürger auf Achtung vor dem Gesetz.

4. Die Entscheidung über die gewaltsame Tötung von lebensfähigen Ungeborenen im Mutterleib darf weder dem Einzelmenschen noch irgendwelchen Kommissionen überlassen werden. Wir lehnen vielmehr jede Art von Schwangerschaftsunterbrechungen auf das entschiedenste ab.

a) Eugenische Erwägungen stellen vorwiegend politische Ansichten höher als die Achtung vor dem Leben.

b) Persönliche Gründe verlangen den bedingungslosen Schutz des werdenden Lebens.

c) Medizinisch begründete Eingriffe führen immer in irgend einer Form zu schweren gesundheitlichen Störungen im Organismus der Frau.

d) Die Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte müßte heute beinahe zur Unterbindung aller Geburten und immer zu schwersten Schädigungen des gesamten Volksaufbaus führen.

5. Wir fordern alle verantwortungsbewußten Deutschen auf, dazu beizutragen, daß der gesetzliche Schutz des keimenden Lebens jetzt in vollem Umfang gehandhabt wird und auch in Zukunft ebenso aufrechterhalten bleibt.

Gleichzeitig bitten wir die verantwortlichen Stellen, praktische Maßnahmen zu erwägen, die geeignet sind, die Sorgen um die Lebensmöglichkeit kommender Kinder nicht stärker werden zu lassen als die Abneigung gegen unrechtes Tun und die Furcht vor Strafe; denn ohne positive Förderungsmaßnahmen müssen negative gesetzliche Verbote immer wirkungslos bleiben.

6. Wir bitten unseren Diözesanbischof, diese Entschliebung der Hessischen Staatsregierung, der Militärregierung, den politischen Parteien, der Presse und dem Rundfunk mitzuteilen.

Fulda, 18. März 1947.

Die Katholiken Fuldas.

Am 12. März fafnd in Köln-Hohenlind die *erste Vollversammlung des Diözesankomitees der Katholikenausschüsse des Erzbistums Köln* statt, in der sich das Komitee eine Satzung gab und einen Diözesanvorstand wählte, der aus den Herren Dr. Roesen, Düsseldorf, Dr. Pielmeyer, Remscheid und Notar Dr. Lemmens, Köln und fünf Beisitzern besteht. Die Tagung beschloß eine Kundgebung, die ausgeht von der großen Not des deutschen Volkes,

von der niemand ausgeschlossen ist. Sie sagt dann:

„Der christliche Glaube allein kann diese Not überwinden. Das deutsche Volk muß zu Gott zurückkehren und vor ihm Buße tun. Nur so wird die Not geistig und seelisch bewältigt. Diese Haltung muß sich verbinden mit ehrlichem Bemühen, wirksame Hilfe zu bringen, wo immer man sie leisten kann, in unterschütterlichem Vertrauen zu Gott. Geht das deutsche Volk diesen Weg, so wird es vor der Welt um so glaubwürdiger, wenn es den naturrechtlichen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein erhebt, der unbestreitbar schwer verletzt ist. Stärker als der naturrechtliche Anspruch ist die christliche Liebe. Das deutsche Volk hofft, daß der Gedanke der christlichen Liebe in aller Welt wächst gerade in diesen Tagen, wo die Verhandlungen über einen Frieden mit Deutschland in Moskau ohne deutsche Teilnahme begonnen haben.“

Der zweite Teil der Kundgebung handelt von dem sozialen Frieden. Sie sagt dazu:

„Das deutsche Volk hat den gerechten Völkerfrieden nicht in seiner Hand. Dagegen ist der soziale Friede eine Sache des deutschen Volkes selbst. Die Vertreter der Katholiken der Erzdiözese Köln betrachten es, durchdrungen von der Gestaltungskraft der katholischen Soziallehre, als eine wichtige Aufgabe, ihre Ordnungsgesetze für die menschliche Gesellschaft sichtbar und wirksam zu machen. Die Freiheit der menschlichen Person, die gottgegebenen Rechte der Autorität in Familie und Gemeinschaft, die Anerkennung und Durchsetzung der sozialen Verpflichtungen müssen im Mittelpunkt der Sozialordnung stehen.“

Im dritten Teil spricht die Kundgebung für den Schutz und die Festigung der Ehe und Familie. Sie wendet sich gegen jeden Versuch der Sozialisierung der Familie und der Beeinträchtigung des Elternrechtes und der Elternpflicht in der Erziehung der Nachkommenschaft, gegen die Verunglimpfung der christlichen Ehe in jeder Form und spricht dann besonders entschiedene Worte gegen die Aufhebung des § 218. Der nächste Teil der Kundgebung behandelt die Frage der Schule und tritt für die Bekenntnisschule und für ein Zusammenwirken der katholischen und evangelischen Christen für ihre Verteidigung ein. Sie erklärt, daß sich die Vertreter der Katholiken der Erzdiözese Köln angesichts der radikalen Reformpläne, von denen die höhere Schule bedroht ist, für die Grundgedanken der rheinisch-westfälischen Schulreform, die eine Besinnung auf den christlichen Humanismus gebracht hätten, einsetzen würden. Zur Frage von Film und Rundfunk erklärt die Kundgebung, daß diese beiden Einrichtungen als Erziehungsmittel von größter Wirksamkeit angesehen werden müßten. Sie fordert im Namen des rheinisch-westfälischen Volkstums die Wiedererrichtung des Kölner Senders und erwartet vom nordwestdeutschen Rundfunk, „daß er mehr als bisher alles vermeidet, was die religiösen Gefühle verletzt“. Sie bezeichnet die Einrichtung eines eigenen Senders als vorrangige Aufgabe des christlichen Volksteiles und hält eine Filmzensur, die namentlich die Jugend schütze, für notwendig. Sie beklagt weiter die Benachteiligung des katholischen Schrifttums in ihrem Gebiete und verlangt „eine auf katholischem Boden stehende Zeitung im fundamental-politischen Raum, die vom katholischen Standpunkt aus berichtet, betrachtet und fordert“. Zuletzt weist sie dann auf die bevorstehenden Landtagswahlen und ihre Bedeutung hin, da der kommende Landtag eine

Verfassung zu beschließen habe und da es bei dieser Verfassung um die Grundlagen christlichen Daseins gehe. Die Verfassung habe die Freiheit der Kirche zu sichern, das Elternrecht festzustellen, die Schulfrage zu lösen, die christliche Ehe und Familie zu schützen und eine mit den Grundsätzen des Christentums vereinbare Sozialordnung grundzulegen.

Die Zentrale des Katholischen Frauenbundes in Köln hat folgenden Hilferuf „An die Katholischen Frauen der Welt“ gerichtet:

„Wir katholischen deutschen Frauen wenden uns in harter Bedrängnis an die katholischen Frauen der Welt.

Die Not unseres Volkes ist untragbar und wächst noch von Tag zu Tag. Der Hunger entkräftet die Menschen mehr und mehr. Nässe und Kälte, besonders im Winter, machen den Mangel an nötigster Bekleidung unerträglich. Es fehlt am notwendigsten Brennmaterial für die unzulänglichen und beschädigten Wohnungen. Sogar die Zubereitung der sehr kargen Mahlzeiten ist vielfach in Frage gestellt. Säuglinge sterben mangels geeigneter Nahrung. Kinder entbehren lebensnotwendige Aufbaustoffe. Die Tuberkulose steigt in erschreckendem Ausmaß. Für Kranke fehlen unentbehrliche Verbandstoffe und Heilmittel. Die Alten und Siechen gehen einem vorzeitigen Tode entgegen. Unfrieden und Zerrissenheit sind die Folgen der durch den Zustrom aus dem Osten verursachten Zusammendrängung der Menschen. Immer noch warten viele Familien auf die Heimkehr der Gefangenen. Durch die Zerstörung unserer Industrie, die Demontage großer Fabriken droht Arbeitslosigkeit den Aufbau einer Familienexistenz zu untergraben. Der Hunger und die Entbehrungen treiben besonders die Jugendlichen zur sittlichen Verwilderung und Kriminalität.

Von all der Not wird die Frau am stärksten belastet. Sie ist körperlich und seelisch zermürbt und fast nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in der Sorge für die Ernährung, Kleidung und Wohnung zu erfüllen. Dadurch ist das Familienleben sehr gefährdet, die Erziehung der Kinder erschwert, die Erfüllung des Heimes mit christlichem Geist bedroht. Diese Lage ist besonders bedrückend für die Frauen, deren Männer noch in Gefangenschaft sind. Auch die berufstätigen Frauen, deren Zahl außergewöhnlich groß geworden ist, leiden schwer unter übermäßiger Arbeitsbelastung, Heimlosigkeit und mannigfacher Bedrohung ihrer Persönlichkeit.

Wir wissen, daß auch die Frauen anderer Länder viele Jahre unsagbar gelitten haben, daß Schuld begangen wurde und Sühne geleistet werden muß. Und doch wagen wir es, ihnen als katholische Frauen unsere fast ausweglose materielle, geistige und seelische Not darzulegen. Wir erkennen dankbar an, daß von katholischen Frauen vieles getan wurde, um uns zu helfen. Aber die Not steigt mit jedem Tag. Sie kann nur gewandt werden, wenn die alliierten Regierungen sich entschließen, Deutschland vor dem Untergang zu retten.

Deshalb bitten wir die katholischen Frauen der Welt, mit denen wir im Glauben als Glieder Christi in der Kirche geeint sind, ihren Einfluß bei ihren Regierungen geltend zu machen, damit das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang bewahrt bleibe.“

Pastor Georges Casalis, der protestantische Seelsorger bei der französischen Besatzung in Berlin, hat in der

„Réforme“ vom 25. Januar einen Aufsatz über die Verhältnisse in Berlin veröffentlicht, aus dem wir hier nur das anführen, was seinen Eindruck von den Deutschen im Ganzen betrifft, vom „deutschen Menschen“.

„Wer sich die Mühe gibt, schreibt er, sich einen vorurteilslosen Einblick zu verschaffen und wer wirklich versteht, unter welchen erschreckenden Verhältnissen 60% der Berliner Bevölkerung wohnt, lebt und stirbt; wer diese Frauen mit niedergeschlagenen Augen und furchtbaren Erinnerungen, diese seltenen verdemütigten Männer, diese zahllosen unerträglichen Kinder sieht; wer zuhört, ehe er spricht, um sich schaut, bevor er schreibt, und sich informiert, ehe er betet, der muß von einer Tatsache betroffen sein: der deutsche Mensch in seiner Verzweiflung und seinen falschen Hoffnungen, in seinem Zusammenbruch und seinem Nihilismus stellt heute in Europa einen wahrhaften Menschentyp dar; er ist, ob wir wollen oder nicht, ob er es weiß oder nicht, das unwiderleglichste Zeichen davon, was der Mensch vor Gott ist: verloren durch seinen Stolz, ruiniert durch seinen Wahnsinn, der Katastrophe zustürzend, wenn ihm keine Hilfe gebracht wird, wenn ihm keine Botschaft vermittelt wird, die sein Leben erleuchtet, wenn niemand seine Existenz lenkt, seine Wunden verbindet und seine Trümmer wieder aufbaut...“

Es ist gewiß, daß das alles nicht leicht ist und daß die Liebe zu Christus uns nicht in jedem Fall dazu bringen kann zu vergessen, schwach zu sein, ungerecht zu sein; im Gegenteil, gerade in der klaren Erinnerung an das, was geschehen ist, in der notwendigen Ausübung der Gewalt und der Gerechtigkeit heißt es sich bewußt zu sein, daß der Mensch, den ich vor mir habe, in letzter Instanz ein Bruder ist, für den Christus gestorben ist und daß diese Wirklichkeit alle anderen Wirklichkeiten einst, am Tage des Jüngsten Gerichts, auslöschen wird...“

Pastor Casalis spricht dann von den ökumenischen Kundgebungen, die in Berlin immer wieder stattfinden; diesen zu glänzenden, zu sichtbaren Manifestationen zieht er weniger aufsehenerregende, aber fruchtbarere vor, namentlich das Zusammentreffen der verschiedenen Nationen und Konfessionen in den Berliner Pfarren; und „seltsam“, so fährt er fort, „hier sind es die Deutschen, die allen Völkern einen Treffpunkt bieten; sie, die Besiegten, Besetzten, Niedergerungenen, haben in der Kirche den hervorragenden Platz der Gastgeber, gleichberechtigt neben den Gästen in Uniform...“

In dem Bericht von A. Lequeux in der protestantischen Zeitschrift „Réforme“ vom 15. Februar über die Tagung des *Ökumenischen Instituts* bei Bossey in der Nähe von Genf, an der auch einige Deutsche teilgenommen haben, ist die Schwierigkeit, die alle ehemals feindlichen Nationen im *Verhalten den Deutschen gegenüber* empfinden, deutlich unterstrichen. Es heißt dort wörtlich:

„... Gott. Durch seine Gnade haben wir eine Schwierigkeit überwinden können, die unser Gemeinschaftsleben hätte trüben können, nämlich Abneigung und geheimen Neid. Ganz besonders haben wir, oder vielmehr Gott hat uns eine wertvolle Erfahrung machen lassen im Hinblick auf unsere Beziehungen zu den Deutschen. Vier waren anwesend, alles Antinazis und schwer vom Krieg Gezeichnete. In den ersten Tagen bestand zwischen ihnen und uns (meist Angehörigen von ehemals besetzten Ländern) mehr als nur Mißtrauen: man hatte einfach keine

Lust, mit ihnen Kontakt zu gewinnen. Dann kam der Pastor Albert von Berlin und sprach sehr offen zu uns, und wir mußten, wenn wir uns noch Christen nennen wollten, diesen Deutschen entgegengehen, ihre Freundschaft suchen. Ich muß sagen, es war auch nicht schwer, nachdem einmal der erste Schritt gemacht war. Ich liebe das Wort „Verzeihung“ nicht, aber dennoch, wir haben begriffen, was die Verzeihung gegenüber den Feinden ist, und wir haben erkannt, daß Christus allein, der sie forderte, uns auch die Kraft geben konnte, sie zu vollziehen . . .“

Ökumenische Nachrichten

Der *Ökumenische Kirchenrat* hat in *Bossey* in der Nähe von Genf ein *Ökumenisches Institut* gegründet, dessen erste Tagung im Herbst 1946 stattgefunden hat. Man verspricht sich von diesem Institut einen großen geistigen Einfluß auf die Bewegung, vorausgesetzt daß die verschiedenen Kirchen seine Bedeutung anerkennen und ihre Vertreter hinschicken. Im Herbst 1946 waren 37 Teilnehmer versammelt, die 15 verschiedenen Nationen angehörten, Finnland, Norwegen, England, Holland, Deutschland, Tschechoslowakei, Frankreich, Italien usw. Eine Versammlung vorwiegend junger Menschen, deren Ältester 39 Jahre alt war, Angehörige der verschiedensten Berufe. Vom ökumenischen Standpunkt aus war diese erste Tagung jedoch nicht genügend ausgeglichen. Unter der Masse der Protestanten befanden sich nur zwei Anglikaner und eine Orthodoxe. Die katholische Kirche bleibt allen solchen Veranstaltungen fern, was von seiten der ökumenischen Bewegung als Lücke empfunden wird.

Die Tagung brachte verschiedene Vortragskurse; so sprach S. von Dietrich über die Pläne Gottes, Zimmerli über die Propheten, Berdjajew über die Strömungen des modernen Denkens, Visser t'Hooft über das Königtum Christi. Andere Vorträge informierten über den gegenwärtigen Zustand der verschiedenen Kirchen, Vorträge, die von besonderer Wichtigkeit sind, weil sie die wirklichen Schwierigkeiten der ökumenischen Bewegung klarlegen und vor verschwommenen Träumen bewahren. Die Teilnehmer an der Tagung haben so Einblicke gewonnen, die sie weiter durchdenken können und müssen, und haben zugleich Freundschaften mit Gliedern der anderen Konfessionen oder Kirchen geschlossen. Nicht leicht hat man das Zusammentreffen mit den deutschen Teilnehmern gefunden; eine natürlicherweise unüberwindliche Kluft schien sie abzusondern, die zumal für die Angehörigen der ehemals besetzten Länder durch ihre Erinnerungen geschaffen war. Man hat aber dann gefunden, daß sich im Geiste Christi eine Brücke über diesen Abgrund finden lasse, und zwar die einzige überhaupt mögliche. Dies wenigstens sagt der Bericht aus, den die Wochenzeitung „Réforme“ bringt.

Berlin ist heute dadurch, daß dort fünf Völker zusammenleben, die Einwohner und die vier Besatzungsmächte, auch ein *Zentrum der ökumenischen Bewegung* geworden. Der französische protestantische *Pastor Casalis*, Seelsorger bei der französischen Besatzungstruppe, berichtet in der „Réforme“ vom 25. Januar darüber. Er hält aber die offiziellen Veranstaltungen dieser Art nicht für so wichtig wie das Zusammenleben selber. „Wir glau-

ben“, schreibt er, „daß wichtiger, weil wirklicher jenes ökumenische Leben ist, von dem die Zeitungen nicht sprechen, dasjenige, das die Christen der verschiedenen Kirchen und Nationen zu wahrer und manchmal entscheidender Begegnung bringt. So hat am Gründonnerstag im französischen Hauptquartier in Frohnau ein zweisprachiger Abendmahlgottesdienst stattgefunden, an dem die evangelische deutsche Gemeinde und die französische protestantische Pfarre teilgenommen haben; so veranstalten die Amerikaner und die Engländer, ganz besonders die Quäker, regelmäßige Zusammenkünfte von jungen Leuten jeglicher Herkunft im Rahmen einer sehr weitgespannten Gastfreundschaft, die sie auffordern, über die großen Probleme unserer Zeit im Lichte des Evangeliums zu diskutieren; so führt ein sehr lebendiger ökumenischer Zirkel zweimal im Monat eine kleine Anzahl äußerst verschiedener Christen von der Heilsarmee bis zur katholischen Kirche zusammen zu einer gemeinsamen Untersuchung der Frage, was heute die Botschaft der Kirche gegenüber der Welt sein soll . . .“

Der französische Protestantismus ist im Gefolge Pastor Marc Boegners zu einer der führenden Kräfte der *Ökumenischen Bewegung* geworden. Das spiegelt sich z. B. auch darin, daß die protestantische Wochenschrift „Réforme“ ihre Osternummer den „Schwesterkonfessionen“ geöffnet hat: die katholische und die orthodoxe Kirche sind in ihr durch Osterbetrachtungen repräsentiert. Katholischerseits stammt diese aus der Feder P. J. Daniélous S.J.

In dem hannoveraner *evangelischen Kirchenblatt* „Die Botschaft“ erschien ein Bericht über eine *gemeinsame katholisch-evangelische Adventsfeier* mit folgendem Wortlaut:

„An manchen Orten haben schon evangelisch-katholische Gespräche stattgefunden. Es sind immer wieder Nachrichten zu uns gekommen, die auf eine Annäherung der beiden großen christlichen Konfessionen in unserem Volke schließen lassen. Bei vielen haben diese Nachrichten Freude ausgelöst, daß der unglückselige Riß im Glaubensleben unseres Volkes sich schließen möchte. Andere haben diese Nachrichten mit ernstesten Fragen und Bedenken erfüllt, ob denn die Gespräche darauf hinielten, uns Evangelische katholisch zu machen oder umgekehrt.

In dieser Lage war eine Feierstunde von besonderer Bedeutung, die erstmals gemeinsam von dem evangelischen und katholischen Altakademikerkreis in Hannover gehalten wurde. Es war ein glücklicher Gedanke, sich nicht in der Form der Aussprache oder Diskussion zu begegnen, sondern in der gemeinsamen Feier jenes großen Bogens, der sich in unserem Kirchenjahr von Advent bis zu Epiphaniezeit über das Weihnachtsfest spannt. Und es waren kluge Gedanken, die der Benediktinerpater Gregor Paletta über den Sinn einer solchen Begegnung einleitend zitierte. Die Wiedervereinigung der getrennten Christenheit sei ein Teil des gesamten Erlösungswerkes Gottes. Gott allein könne die Menschheit wieder zu einem Volk zusammenführen. Aber diese Heimholung werde sich erst am Ende der Weltzeit vollenden. Auf das Ziel dieser letzten Vereinigung Gottes mit seinem Volk sei die Menschheit unterwegs. Solange es nicht